

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Köhler (Wolfsburg), Frau Fischer, Höffkes, Dr. Hoffacker, Dr. Hüsch, Josten, Dr. Kunz (Weiden), Petersen, Stommel, Dr. Todenhöfer, Werner und der Fraktion der CDU/CSU

Personelle Hilfe in Entwicklungsländern

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit, aber auch in der Entwicklungspolitik wird der Bereich der personellen Hilfe weitgehend von anderen Instrumenten der Entwicklungshilfe, insbesondere aber von der Globalthematik des Nord-Süd-Dialoges überlagert. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren keine umfassende Darstellung der Entwicklung und ihres Konzepts hinsichtlich der personellen Hilfe dargelegt.

Für eine wirksame Wissensvermittlung und für praktische Anleitung zur Bewältigung der Alltagsprobleme in der Dritten, besonders aber in der Vierten Welt ist die personelle Hilfe jedoch unerläßlich. Dabei ist zu bemerken, daß eine gewisse Scheu junger Menschen bei uns besteht, ihren Arbeitsplatz zugunsten eines Einsatzes in den Entwicklungsländern aufzugeben.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

- I. 1. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der personellen Hilfe gegenüber anderen Instrumenten der Entwicklungshilfe bei?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die nachfolgend dargestellte zahlenmäßige Entwicklung der personellen Hilfe in Übersee, und wie haben sich diese Zahlen in den Jahren 1977 und 1978 verändert?

Fachkräfte deutscher Personaldienste in Übersee	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	Veränderung seit 1970/1971 in v. H. bis 1976
Deutscher Entwicklungsdienst	999	923	870	862	861	840	834	- 16
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe	492	508	399	331	299	294	277	- 43
Dienste in Übersee	241	235	225	235	230	214	205	- 14
Weltfriedensdienst	25	27	26	36	23	18	7	- 72
Internationaler Christlicher Friedensdienst e. V.	57	42	51	52	51	51	54	- 6
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	—	1 353	—	—	1 348	1 253	1 024	- 24
Zusammen	—	3 088	—	—	—	—	2 401	- 22

3. Von welchen Ländergruppen und für welche Bereiche wurde in den letzten acht Jahren bei den von der Bundesregierung finanzierten deutschen Institutionen personelle Hilfe angefordert? In welchem Umfang konnte dieser Anforderung hinsichtlich von Qualifikation und Umfang entsprochen werden?
4. Wie hat sich die Struktur und die Problemlage von Angebot und Nachfrage im Bereich der personellen Hilfe in den letzten acht Jahren verändert?
Welche praktischen und konzeptionellen Konsequenzen hat die Bundesregierung hieraus gezogen?
5. Hält die Bundesregierung angesichts dieser Bedarfslage eine Steigerung der personellen Hilfe für erstrebenswert?
6. Welches sind die wesentlichen Probleme bei dem Bemühen, die Nachfrage der Entwicklungsländer nach personeller Hilfe durch ein entsprechendes Angebot zu befriedigen?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Bereitschaft junger Deutscher für den persönlichen Dienst in Entwicklungsländern zu wecken bzw. die Zahl des Helferangebots zu vergrößern?
8. Welche entwicklungspolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung auf Grund ihrer bisherigen Erfahrung dem Einsatz von

— Experten,
— freiwilligen Entwicklungshelfern
in verschiedenen Sektoren zu?

9. In welchem Umfang und mit welchen Schwerpunkten und mit welcher Zielstellung leisten andere „Geberländer“, insbesondere

— USA,
— Frankreich,
— Großbritannien,
— Niederlande,
— Schweden,
— Sowjetunion,
— DDR,
— Volksrepublik China,
— Kuba

personelle Hilfe, und wie beurteilt die Bundesregierung die personelle Hilfe dieser Länder im Einzelfall, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung auf Grund dieser Beurteilung für ihre eigene personelle Hilfe?

II. 1. Wie viele der in den Jahren 1975, 1976 und 1977 in den Entwicklungsländern eingesetzten deutschen Helfer sämtlicher deutscher Dienste waren erstmalig eingesetzt, und wie viele waren auf Grund von Verlängerungsverträgen tätig?

2. Wie groß ist die durchschnittliche reale Vertragsdauer der deutschen Helfer, spezifiziert nach den einzelnen Entsendungsdiensten?

III. 1. Wie groß ist die Zahl der deutschen Helfer in den Entwicklungsländern, die als Angehörige des öffentlichen Dienstes zu diesem Zweck zeitweilig beurlaubt wurden, in den Jahren 1975, 1976 und 1977?

2. Wie verteilen sich diese Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf
— den Bund (einschließlich Bahn, Post, Bundeswehr),
— die Länder,
— die Gemeinden
jeweils in den Jahren 1975, 1976 und 1977?

3. Wie groß ist die Zahl der deutschen Entwicklungshelfer, die als hauptberufliche Mitarbeiter von Genossenschaftsverbänden, berufsständischen Gewerkschaften und Vereinigungen und vergleichbarer Institutionen für den Auslandseinsatz beurlaubt wurden, jeweils in den Jahren 1975, 1976 und 1977?

4. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um bei dem unter Ziffern 1 bis 3 genannten Personenkreis für den Gedanken und den Einsatz bei der personellen Hilfe zu werben?
5. Wie schätzt die Bundesregierung die Effektivität einer verstärkten Mobilisierung und Werbung für die personelle Hilfe unmittelbar durch die Träger des öffentlichen Dienstes durch berufsständische Vereinigungen und Gewerkschaften und durch andere gesellschaftliche Gruppen ein gegenüber dem weiteren Ausbau von zahlreichen speziellen Durchführungsorganisationen, die sich ausschließlich mit der personellen Hilfe befassen?
6. Wie groß ist der Verwaltungsaufwand der einzelnen Dienste für personelle Hilfe im Verhältnis zu deren Gesamttätigkeit in den Jahren 1975, 1976 und 1977?
7. Wie groß ist die Zahl der in der Verwaltung der jeweiligen Dienste Beschäftigten im Verhältnis zu den von diesen Diensten jeweils nach Übersee entsandten Helfern?

Bonn, den 1. Dezember 1978

Dr. Köhler (Wolfsburg)

Frau Fischer

Höffkes

Dr. Hoffacker

Dr. Hüsch

Josten

Dr. Kunz (Weiden)

Petersen

Stommel

Dr. Todenhöfer

Werner

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion